2. Änderung der Satzung der Stadt Ilsenburg über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Ilsenburg „Kernstadt“

- Bestimmung der Durchführungsfrist -

Aufgrund des § 142 Abs. 3 Satz 4 in Verbindung mit § 235 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) ist die Frist für die Durchführung der Sanierung festzulegen. Daher hat der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) in seiner Sitzung am 24.11.2021 die 2. Änderung der Satzung mit Beschluss Nr. 7.229/2021 beschlossen.

§ 1

Festlegung des Gebietes

- (1) Zur Behebung städtebaulicher Missstände durch Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Kernstadt Ilsenburg, für deren Durchführung Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind, wird das im Lageplan (M 1:4000) näher bezeichnete Gebiet als förmliches Sanierungsgebiet festgelegt. Das insgesamt ca. 45,9 ha umfassende Gebiet erhält die Bezeichnung „Kernstadt“.
- (2) Das Sanierungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb des im Lageplan (M 1:4000) festgelegten räumlichen Geltungsbereiches dieser Satzung. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung und als Anlage beigefügt.
- (3) Das mit Beschluss vom 05.06.1996 in der Fassung der 1. Änderung vom 29.10.2003 festgelegte Sanierungsgebiet der entsprechend in Abs. 1 und 2 bezeichneten Gebietsabgrenzung wird nicht verändert.

§ 2

Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird weiterhin im umfassenden Verfahren durchgeführt. Die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB finden dementsprechend Anwendung.

§ 3

Genehmigungspflichten

Die Vorschriften des § 144 BauGB über genehmigungspflichtige Vorgänge und Rechtsvorgänge finden ebenfalls weiterhin Anwendung.

§4
Dauer der Sanierung

Die Frist für den Durchführungszeitraum wird gemäß §142 Abs. 3 Satz 3 und 4 i. V. m. § 235 Abs. 4 BauGB um vier Jahre bis zum 31.12.2025 verlängert.

§ 5
Inkrafttreten

- (1) Die Satzungsänderung wird gemäß § 143 Abs. 1 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich.
- (2) Die Satzungsänderung ist ortsüblich bekanntzumachen. Hierbei ist auf die Vorschriften der §§ 152 bis 156a BauGB hinzuweisen.
- (3) Der Bürgermeister wird hiermit beauftragt, dem Grundbuchamt die rechtsverbindliche Sanierungssatzungsänderung mitzuteilen.

Ilsenburg,

Denis Loeffke (Siegel)
Bürgermeister